

## Fragen

für die Fragestunde der 213. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 25. März 2009

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Connemann, Gitta (CDU/CSU) .....	10, 11	Mücke, Jan (FDP) .....	3, 43
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	15, 28	Nitzsche, Henry (fraktionslos) .....	2, 14
Döring, Patrick (FDP) .....	39, 40	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	18
Dreibus, Werner (DIE LINKE.) .....	27	Pieper, Cornelia (FDP) .....	37, 38
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.) ....	23, 24	Ramelow, Bodo (DIE LINKE.) .....	25, 26
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	6, 7	Reinke, Elke (DIE LINKE.) .....	32
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	29, 30	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) .....	33, 34
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.) .....	1, 21	Spieth, Frank (DIE LINKE.) .....	35, 36
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	41, 42	Stokar von Neuforn, Silke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	12, 13
Kopp, Gudrun (FDP) .....	17	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	5
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	8, 9	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.) ....	4, 31
Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.) .....	16, 22	Thiele, Carl-Ludwig (FDP) .....	19, 20

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	3
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes .....	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	11

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

1. Abgeordnete  
**Cornelia Hirsch**  
(DIE LINKE.) Inwieweit teilt die Bundesregierung die Feststellung, dass angesichts des Höchststands von 386 500 Studienanfängerinnen und -anfängern im Jahr 2008 auch die Ausgaben für die Hochschulen deutlich steigen müssten, um die Studienqualität zu sichern, und wie wird sie dieser Notwendigkeit nachkommen?

### **Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes**

2. Abgeordneter  
**Henry Nitzsche**  
(fraktionslos) Aus welcher Interessenlage heraus wollte die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Dr. Maria Böhmer, nur wenige Stunden nach Bekanntwerden des Amoklaufs in Winnenden und zu einem Zeitpunkt, als endgültige Opferzahlen noch nicht feststanden, von den zuständigen Polizeibehörden wissen, ob gezielt auf Menschen mit Migrationshintergrund geschossen wurde?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes**

3. Abgeordneter  
**Jan Mücke**  
(FDP) Welche Initiativen wird die Bundesregierung im Vorfeld der 33. Sitzung des UNESCO-Welterbekomitees in Sevilla vom 22. bis 30. Juni 2009 unternehmen, um den Welterbetitel für Dresden zu erhalten?\*)

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

4. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten Tackmann**  
(DIE LINKE.) Warum greift das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz nicht in die Milchpreispolitik des Einzelhandels ein, wenn dieser laut Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Ernährung,

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 43.

Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Dr. Gerd Müller, (dpa, 18. März 2009) alle Versprechen des so genannten Milchgipfels brechen würde, und in welcher Form plant die Bundesregierung die milchproduzierenden Betriebe aus dem am 19. März 2009 beschlossenen europäischen Konjunkturpaket zu unterstützen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

5. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Unterstützung durch Soldaten und militärische Gerätschaften der Bundeswehr ist zum Einsatz anlässlich des NATO-Gipfels in Straßburg, Kehl und Baden-Baden im März/April 2009 seitens der Bundesländer oder Frankreichs angefordert worden oder durch die Bundesregierung geplant, und welche Auskunft gibt die Bundesregierung über die Truppenstärken und Truppengattungen, Einsatzzeiten, Einsatzorte sowie Ausrüstung und Bewaffnung einzusetzender Einheiten, über die Rechtsgrundlage und die Kosten des Einsatzes sowie über ihre Absichten zur Beteiligung des Deutschen Bundestages an einer Einsatzentscheidung?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

6. Abgeordneter  
**Hans-Josef Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie oft werden die im Betrieb befindlichen deutschen Atomkraftwerke im Schnitt jährlich rauf- und runtergefahren, und wie lange dauert es durchschnittlich, ein Atomkraftwerk rauf- und runterzufahren?
7. Abgeordneter  
**Hans-Josef Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich seit 2001 weltweit die Anzahl der Atomkraftwerke entwickelt (bitte jährlich darstellen), und in welchem Umfang sind seither weltweit jährlich Stromerzeugungskapazitäten im Erneuerbare-Energienbereich geschaffen worden?

8. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern kann die Bundesregierung die Aussage des wissenschaftlichen Berichts „TORCH: The Other Report on Chernobyl“ bestätigen, dass durch den GAU von Tschernobyl etwa 3 900 000 km<sup>2</sup> von Europa durch Cäsium-137 kontaminiert wurde, was 40 Prozent der Gesamtfläche Europas entspricht<sup>1</sup>, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, welche durch den GAU von Tschernobyl bedingten Beschränkungen für bestimmte Lebensmittel aus einigen EU-Mitgliedstaaten noch über viele Jahre hinweg aufrechterhalten werden müssen<sup>2</sup> (bitte tabellarische Aufschlüsselung nach Lebensmittel und voraussichtlicher Dauer der Beschränkung)?
9. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche wissenschaftlichen Studien, Gutachten und Untersuchungen wurden zu DDR-Zeiten im Rahmen der Eignungsprüfung als Atommüllendlager für das heutige Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) erstellt bzw. waren vorhanden, und in welchen Akten des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie sowie ihrer jeweils nachgeordneten Stellen finden sich diese Gutachten?
10. Abgeordnete  
**Gitta  
Connemann**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die gesundheitlichen Auswirkungen und Risiken, wenn das natürliche Aerosol feinsten Salzpartikel in der Seeluft, die aufgrund ihrer geringen Größe tief in die Bronchien inhaliert werden können und so in Reinluftgebieten wie der Insel Borkum zur Bronchialreinigung und -regeneration maßgeblich beitragen, physikalisch oder chemisch mit Feinstäuben aus Verbrennungsvorgängen aus Kohlekraftwerken, wie diese jetzt in Eemshaven (Niederlande) in unmittelbarer Nachbarschaft zur Insel Borkum entstehen sollen, in Kontakt tritt?
11. Abgeordnete  
**Gitta  
Connemann**  
(CDU/CSU)
- Wie wird, sofern die Bundesregierung eine Gesundheitsgefahr bejahen sollte, der Schutz bei dem Bau von Kraftwerken auch im Ausland sichergestellt?

<sup>1</sup> Vergleiche Ian Fairlie und David Summer, TORCH: The Other Report on Chernobyl, Berlin, Brüssel, Kiew, April 2006.

<sup>2</sup> Vergleiche Andris Piebalgs, Europäische Kommission, schriftliche Antwort auf Anfrage P-1234/05DE von MEP Rebecca Harms vom 4. April 2005.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

12. Abgeordnete  
**Silke Stokar von Neuforn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der legal in deutschen Haushalten gelagerten Schusswaffen (Pistolen und Gewehre) von Sportschützen, Jägern, Erben von Waffen, Berufswaffenträgern, gefährdeten Personen und anderen, die nach dem Waffengesetz berechtigt sind, Waffen zu besitzen?
13. Abgeordnete  
**Silke Stokar von Neuforn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung angesichts des Risikos, das von der Verfügbarkeit von legalen Waffen in Privatwohnungen ausgeht, die Notwendigkeit, die Anzahl von Waffen in Privatwohnungen zu reduzieren?
14. Abgeordneter  
**Henry Nitzsche**  
(fraktionslos)
- Wie viele Bundespolizisten wurden im Rahmen der Bundespolizeireform aus dem Bereich des Freistaates Sachsen an Bundespolizeidienststellen anderer Bundesländer vorübergehend abgeordnet (durchgehende Abordnungsdauer ein bis drei Monate, bitte Aufschlüsselung nach Dienststelle und Anzahl der abgeordneten Bundespolizisten)?
15. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Personengruppen türkischer Staatsangehöriger können unter Beanspruchung des Prinzips der Dienstleistungsfreiheit visumfrei für bis zu drei Monate nach Deutschland einreisen (beispielhaft: Touristinnen und Touristen, Geschäftsleute, Sprachkursteilnehmerinnen und -teilnehmer, Künstlerinnen und Künstler, Personen, die sich in Deutschland behandeln lassen wollen, usw.), nachdem die Bundesregierung eingeräumt hat, dass das so genannte Soysal-Urteil des Europäischen Gerichtshofs „die visumfreie Einreise türkischer Staatsangehöriger zur kurzfristigen Inanspruchnahme der Dienstleistungsfreiheit“ betrifft (vgl. Plenarprotokoll 16/210, S. 22709), und gilt die Aufhebung der allgemeinen Visumpflicht für türkische Staatsangehörige infolge des Soysal-Urteils ab Urteilsverkündung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

16. Abgeordnete  
**Dr. Gesine  
Lötzsch**  
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung noch vor dem G20-Gipfel am 2. April 2009 ein Gesetz zur Bekämpfung von Steueroasen dem Bundestag vorlegen, und wenn nein, warum nicht?
17. Abgeordnete  
**Gudrun  
Kopp**  
(FDP)
- Wer trägt im Rahmen des NATO-Truppenstatuts die Kosten der Baumaßnahmen für die vom britischen Verteidigungsministerium für die Ausbildung und Vorbereitung von Soldaten und Soldatinnen der britischen Streitkräfte für Auslandseinsätze geplante Errichtung von sechs Kampfdörfern auf dem Truppenübungsplatz Senne/NRW?
18. Abgeordneter  
**Omid  
Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen plant die Bundesregierung keine verbindliche Tilgung der zusätzlichen Schulden aus dem Konjunkturpaket I durch Bundesbankgewinne und Teile der Steuereinnahmen im nächsten Aufschwung?
19. Abgeordneter  
**Carl-Ludwig  
Thiele**  
(FDP)
- An welchem Tag ist das Bundesministerium der Finanzen auf eine Regelungslücke im Kreditwesengesetz hinsichtlich der Aufsicht über Finanzholdinggesellschaften hingewiesen worden, bzw. seit wann ist dem Bundesministerium der Finanzen diese Regelungslücke bekannt?
20. Abgeordneter  
**Carl-Ludwig  
Thiele**  
(FDP)
- Hätte die Aufsicht, bei einer frühzeitigen Schließung dieser Regelungslücke im Sommer 2007, die Hypo Real Estate Holding AG (HRE) und die DEPFA BANK plc prüfen müssen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

21. Abgeordnete  
**Cornelia  
Hirsch**  
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Befürchtung des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), es drohe im laufenden Jahr angesichts der Wirtschaftskrise der Verlust von bis zu jedem zehnten Ausbildungsplatz, und welche Gegenmaßnahmen wird sie ggf. in die Wege leiten?

22. Abgeordnete  
**Dr. Gesine Löttsch**  
(DIE LINKE.)
- Welche Aufträge über 5 Mio. Euro hat die Bundesregierung 2008 freihändig vergeben?
23. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar Enkelmann**  
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung anhaltende Diskussionen um eine mögliche Insolvenz der Adam Opel GmbH angesichts der Tatsache, dass in einem solchen Fall Zulieferunternehmen sofort Vorkasse verlangen können und damit die wirtschaftliche Situation des Autobauers deutlich verschlechtert würde?
24. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar Enkelmann**  
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Forderung des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, dass die Adam Opel GmbH für die Anfangszeit staatliche Hilfen benötigt (vgl. Neue Osnabrücker Zeitung vom 18. März 2009) im Lichte der Feststellung der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, laut der die Bundesregierung bei der Adam Opel GmbH „nicht an eine Staatsbeteiligung“ denke (vgl. Plenarprotokoll 16/210, S. 22666)?
25. Abgeordneter  
**Bodo Ramelow**  
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung Hinderungsgründe vor dem Hintergrund, dass sich die Aussage, die Bundesregierung denke bei der Adam Opel GmbH „nicht an eine Staatsbeteiligung“ (vgl. Plenarprotokoll 16/210, S. 22666), auf die Bundesregierung als handelndes Organ bezieht, die die vier Bundesländer bzw. die Landesregierungen von Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen daran hindern würden, gemeinschaftlich ein Kaufangebot für die Adam Opel GmbH bei der General Motors Corporation rechtswirksam zu hinterlegen?
26. Abgeordneter  
**Bodo Ramelow**  
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang kann die Bundesregierung Mittel aus der Förderung von Forschung und Innovation kurz- und mittelfristig zur Verfügung stellen, um die Adam Opel GmbH zu einem Produzenten und Anwender alternativer Antriebstechnologien und moderner, ökologisch orientierter Fahrzeugkonzepte zu profilieren, und wie bewertet die Bundesregierung die Angabe, dass die Liquidität der Adam Opel GmbH „dank der Umweltprämie bis zum Sommer sichergestellt ist“ (vgl. Thüringer Allgemeine vom 18. März 2009) entgegen der Auskunft der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie,

dass die Liquidität ein „Überleben bis April“ ermögliche (vgl. Plenarprotokoll 16/210 vom 18. März 2009)?

27. Abgeordneter  
**Werner Dreibus**  
(DIE LINKE.)
- Unter welchen Bedingungen hält die Bundesregierung die Bildung eines Käuferkonsortiums für die Adam Opel GmbH aus den vier betroffenen Bundesländern Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sowie unter Einbeziehung der Händlerorganisation, von Zulieferunternehmen und einer Mitarbeiterbeteiligung für umsetzbar, und würde die Bundesregierung ein solches Fondsmodell aktiv in der Weise unterstützen, dass für die gesamte Fondssumme eine Bundesbürgschaft bzw. ein Bundeskredit gewährt wird und damit ein rechtsverbindliches Kaufangebot bei der General Motors Corporation hinterlegt werden kann?
28. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Schließt die Bundesregierung grundsätzlich eine staatliche Beteiligung an der Adam Opel GmbH aus, und wenn ja, welches Modell favorisiert die Bundesregierung auf Grundlage der aktuellen Gespräche stattdessen?
29. Abgeordneter  
**Peter Hettlich**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation im Mikroelektronik-Cluster „Silicon Saxony“ angesichts der zum 1. April 2009 angekündigten Produktionseinstellung bei der Qimonda AG und der anhaltenden Schwäche von Infineon Technologie AG und AMD, Inc., und auf welche Weise ist sie bereit, die Bemühungen um den Erhalt dieses national und europaweit bedeutsamen Clusters zu unterstützen?
30. Abgeordneter  
**Peter Hettlich**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung sowohl im nationalen als auch im europäischen Kontext, um die Produktion von Speicherchips auch künftig in Deutschland oder zumindest in Europa sicherzustellen, und hat sie diesbezüglich bereits Gespräche mit der EU-Kommission oder im EU-Ministerrat geführt?
31. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten Tackmann**  
(DIE LINKE.)
- Wann und mit welchem Ergebnis wurde geprüft, ob der von GAZPROM in Vorplanung befindliche Erdgasspeicher in unmittelbarer Nähe des geplanten Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide verträglich mit der militärischen Nutzung dieses Gebietes ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit  
und Soziales**

32. Abgeordnete  
**Elke  
Reinke**  
(DIE LINKE.)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Kosten für die kostenpflichtige bundesweite Servicenummer der Bundesagentur für Arbeit zu übernehmen, und welche Lösungsvarianten kämen ihrer Ansicht nach in Betracht, um Gebühren bzw. eine Gebührenhäufung bei den Betroffenen zu vermeiden?
33. Abgeordneter  
**Dr. Ilja  
Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Wie lautet die Antwort der Bundesregierung auf den offenen Brief des Nürnberger Forums der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfBM) vom 21. November 2008 an die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer, in dem es um soziale Ausgrenzung durch das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch geht (unter anderem durch Kürzungen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie Leistungsprämien), und inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung diesbezügliche gesetzliche Änderungen?
34. Abgeordneter  
**Dr. Ilja  
Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Wann wird die Bundesregierung die Fragen zur Berliner Vermittlungsagentur „JobLife“ (siehe Antwort der Bundesregierung vom 25. Februar 2009 auf Bundestagsdrucksache 16/12056 zu den Fragen 1 bis 4 aus der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zur „Kontrolle der Tätigkeit privater Arbeitsvermittler durch die Bundesagentur für Arbeit“, Bundestagsdrucksache 16/11837, laut der die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind) sachgerecht beantworten?
35. Abgeordneter  
**Frank  
Spieth**  
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Mitteln konnte ab 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2008 ein privat krankenversicherter ALG-II-Empfänger, der sich von der Versicherungspflicht bei der gesetzlichen Krankenversicherung hat befreien lassen und der somit bei der privaten Krankenversicherung versichert bleiben muss, seinen Krankenversicherungsschutz bezahlen, zumal der Grundsicherungsträger nur einen Zuschuss von ca. 110 bis 130 Euro (Höhe der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung) zahlt, jedoch zum Standardtarif bei Hilfsbedürftigkeit in der privaten Krankenversicherung noch dreistellige monatliche Beträge fehlen?

36. Abgeordneter  
**Frank  
Spieth**  
(DIE LINKE.)
- Wann können die betroffenen privat versicherten Hilfebedürftigen mit einer Gesetzesänderung rechnen, die ihnen jenseits von § 193 Absatz 6 Satz 5 des Versicherungsvertragsgesetzes einen Krankenversicherungsschutz (entsprechend den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung) ermöglicht, dessen Versicherungsprämie vollständig von dem Grundsicherungsamt getragen wird und so nicht mehr das Hartz-IV-Existenzminimum in Frage stellt (vgl. Antwort auf meine schriftliche Frage 33 auf Bundestagsdrucksache 16/12025 vom 18. Februar 2009), und wird diese Regelung auch rückwirkend Geltung erlangen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

37. Abgeordnete  
**Cornelia  
Pieper**  
(FDP)
- Wie hoch sind die Ausgaben für die Veranstaltungsreihe „Bürgerdialog – Unsere Deutsche Einheit“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in den ostdeutschen Landeshauptstädten insgesamt veranschlagt, und wie viel Geld ist bisher tatsächlich ausgegeben worden (bitte detaillierte Unterteilung nach Kosten für Agentur/-en, Moderator/-en, Hostessen, Anmietung von Räumlichkeiten, Catering, Druckerzeugnisse, Internetauftritt)?
38. Abgeordnete  
**Cornelia  
Pieper**  
(FDP)
- Wie erfolgte die Vergabe der einzelnen Dienstleistungen für die Veranstaltungen durch das federführende Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Einzelnen, und wie viele Teilnehmerinnen/Teilnehmer haben die bislang erfolgten Veranstaltungen in Magdeburg, Potsdam und Erfurt jeweils besucht?
39. Abgeordneter  
**Patrick  
Döring**  
(FDP)
- Wie hoch ist die Summe der bisher aus dem Konjunkturpaket I getätigten investiven Ausgaben einschließlich der Programme der KfW Bankengruppe nach den einzelnen Maßnahmen seit Verabschiedung des Paketes bis heute jeweils monatlich gewesen, und in welchem Umfang werden Mittel des Bundes, wie das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung nach einem Bericht von „SPIEGEL ONLINE“ erklärte (18. März 2009), im

April 2009 an die Bundesländer fließen (bitte unter Angabe der Anzahl der dadurch finanzierten Maßnahmen)?

40. Abgeordneter  
**Patrick Döring**  
(FDP)
- Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung auf die Infrastrukturprojekte des Bundes, die aus den Einnahmen der streckenbezogenen Lkw-Maut finanziert werden, angesichts des prognostizierten Rückgangs der Einnahmen aus den Straßennutzungsgebühren (bitte unter Angabe der prognostizierten Entwicklung der Einnahmen und der investiven Ausgaben aus der streckenbezogenen Lkw-Maut unter Berücksichtigung der gegenwärtigen konjunkturellen Entwicklung), und beabsichtigt die Bundesregierung etwaige Rückgänge bei den mautfinanzierten Projekten durch den Einsatz anderweitiger Finanzierungsinstrumente, wie beispielsweise die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel, auszugleichen?
41. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welchen Planungsstadien kommt es zu den stärksten Kostenüberschreitungen bei Bundesfernstraßenprojekten, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus diesem Sachverhalt hinsichtlich der Verbesserung der Qualität der Kostenermittlung in diesen Planungsstadien?
42. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum werden „diese fast noch virtuellen Maßnahmen“ (Zitat des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Achim Großmann, in der Fragestunde des Bundestages vom 28. Januar 2009; Plenarprotokoll 16/201, S. 21761), für die es keine genauen Kostenschätzungen gibt, in den Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen aufgenommen, wo der Bedarfsplan mit Projekten sowieso überfrachtet ist, und inwieweit wird bei diesen virtuellen Maßnahmen die Veränderung des Nutzen-Kosten-Verhältnisses verfolgt?
43. Abgeordneter  
**Jan Mücke**  
(FDP)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Urteil und der Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichts Dresden vom 30. Oktober 2008 (Az.: 3 K 923/04), und hält im Lichte dieses Urteils der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, seinen Kompromissvorschlag zum Bau eines Elbtunnels anstatt des Baus einer Brücke aufrecht?\*)

\*) Siehe hierzu auch Frage 3.